

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 21. September 1988

am Donnerstag, dem 22. September 1988

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Frau Adler (SPD)	40, 41	Niegel (CDU/CSU).	7, 8
Antretter (SPD).	62, 63	Dr. Niese (SPD).	56, 57
Frau Blunck (SPD)	42	Pfuhl (SPD)	36, 37
Frau Bulmahn (SPD)	52, 53	Reimann (SPD)	47, 48
Catenhusen (SPD)	11, 12	Reuter (SPD)	24, 25
Conradi (SPD)	2, 19	Rind (FDP)	49
Dr. Daniels (Regensburg) (DIE GRÜNEN)	9	Dr. Rose (CDU/CSU).	60, 61
Engelsberger (CDU/CSU)	43, 44	Dr. Sperling (SPD)	6
Funk (Gutenzell) (CDU/CSU)	38, 39	Steiner (SPD)	50, 51
Frau Ganseforth (SPD).	20, 21	Frau Steinhauer (SPD)	3, 58
Gansel (SPD)	32, 33	Stiegler (SPD)	1, 26
Grünbeck (FDP)	45, 46	Stratmann (DIE GRÜNEN)	10, 31
Hinsken (CDU/CSU).	27, 28	Uldall (CDU/CSU)	22, 23
Kastning (SPD).	15, 16	Dr. Weng (Gerlingen) (FDP)	59
Kolbow (SPD)	54, 55	Werner (Ulm) (CDU/CSU)	13, 14
Kroll-Schlüter (CDU/CSU)	34, 35	Wüppesahl (fraktionslos)	5
Lowack (CDU/CSU)	17, 18	Würtz (SPD)	4
Marschewski (CDU/CSU)	29, 30		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	3
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	4
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	5
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft.	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	9
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung.	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr.	11

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

- | | |
|---|---|
| 1. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) | Trifft es zu, daß der Zugang zu Datenbanken über das Datex-P-Netz der Deutschen Bundespost für Nutzer aus dem ländlichen Raum wesentlich teurer ist als für Nutzer aus den Ballungsräumen, und was wird die Bundesregierung unternehmen, um sicherzustellen, daß auch der ländliche Raum zum Ortstarif die jeweiligen Datex-P-Knoten anwählen kann? |
|---|---|

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

- | | |
|---|--|
| 2. Abgeordneter
Conradi
(SPD) | Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Aufwendungen des Bundes in den kommenden Jahren zur Wohnungsversorgung der Aussiedler aus den Ostblockstaaten? |
| 3. Abgeordnete
Frau Steinhauer
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Gefährdungen der Talsperren bei Dammbeschädigungen durch Flugzeugunfälle mit direktem Aufprall mit oder ohne Waffenzuladungen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

- | | |
|---|--|
| 4. Abgeordneter
Würtz
(SPD) | Sieht der Bundesminister des Innern eine Möglichkeit, die für die Festsetzung des Kaufkraftausgleichs maßgebenden innerdeutschen Vergleichsdaten in einer Weise zu erheben, die entsprechende Mitteilung an die Betroffenen erlaubt, ohne gegen Bestimmungen des Datenschutzes zu verstoßen, wenn nein, warum nicht? |
| 5. Abgeordneter
Wüppesahl
(fraktionslos) | Wie rechtfertigt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Vollstreckungsvergütungsverordnung, in der die Vergütung für Beamte im Vollstreckungsdienst geregelt ist, seit 1948 unverändert geblieben ist, dergestalt, daß nach wie vor eine Vergütung in Höhe von 0,50 DM pro erledigte Zahlung oder Pfändung zuzüglich 0,5 v. H. der beigebrachten Geldbeträge gezahlt wird, obwohl die allgemeine Lohn- und Preisentwicklung seit 1948 enorm angestiegen ist und andere Berufsgruppen daran Anteil hatten? |

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

6. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Hält die Bundesregierung die Umweltbelastung, die aus der Tatsache folgt, daß die Bundesrepublik Deutschland ein hochindustrialisierter dicht-besiedelter Staat ist, nur für „potentiell“ (Drucksache 11/2781) oder auch für real?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers
und des Bundeskanzleramtes**

7. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU)
- Wird der Bundeskanzler nach seiner Richtlinienkompetenz dem Bundesminister der Justiz die Erlaubnis erteilen, einen Gnadenakt des Herrn Bundespräsidenten für die RAF-Terroristen Speitel und Boock gegenzuzeichnen und mit welcher Begründung?
8. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU)
- Welche Rolle wird bei der Prüfung der Gegenzeichnung durch die Bundesregierung die Begnadigung der ehemaligen RAF-Mitglieder Wackernagel und Jünschke spielen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung
und Technologie**

9. Abgeordneter
Dr. Daniels
(Regensburg)
(DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß das Kernforschungszentrum Karlsruhe (KfK) rechtmäßig handelt, wenn es – wie am 8. Juli 1988 – Mitarbeiter für eine Pro-WAA-Demonstration in Wackersdorf freistellt und einen Bus finanziert, und sieht die Bundesregierung nicht die Notwendigkeit, in diesem Fall den Bundesrechnungshof einzuschalten?
10. Abgeordneter
Stratmann
(DIE GRÜNEN)
- Trifft es zu, daß wesentliche Teile der technischen Einrichtungen des Kernforschungszentrums Karlsruhe auf dem Gebiet des Trenndüsenverfahrens für die Weiterentwicklung des Trenndüsenverfahrens in das Forschungszentrum CDTN der Nuclebras in Belo Horizonte/Brasilien verlagert werden sollen, und unterliegen die dortigen Anlagen der internationalen Überwachung seitens der IAEA?
11. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)
- Welches sind die Ziele und Schwerpunkte des vom Bundesministerium für Forschung und Technologie festgelegten Hyperschalltechnologie-Programms, und welche Mittel sind dafür in der Laufzeit dieses Programms in den einzelnen Haushaltsjahren vorgesehen?

12. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)
- Welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um den zivilen Bedarf an Hyperschallflugzeugen sowie mögliche ökologische Auswirkungen des Einsatzes von Hyperschallflugzeugen ermitteln zu lassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

13. Abgeordneter
Werner
(Ulm)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung das Verhalten der polnischen Behörden, den in den Oder-Neiße-Gebieten lebenden Deutschen die Gründung von deutschen Vereinigungen zu untersagen bzw. durch die „polnische Staatsraison“ angeblich bedingte Auflagen und durch Aufforderungen zu Spitzeldiensten so zu erschweren, daß die deutschen Antragsteller gezwungenermaßen die Vereinsgründung nicht durchführen können?
14. Abgeordneter
Werner
(Ulm)
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung diesen Sachverhalt mit allem Nachdruck bei dem bevorstehenden Besuch des polnischen Außenministers in Bonn ansprechen und auch in der UN-Menschenrechtskommission sowie der nächsten KSZE-Nachfolgekonzferenz darlegen, daß das Verhalten der polnischen Behörden im Widerspruch zu der von der Volksrepublik Polen unterzeichneten KSZE-Schlußakte, der UN-Charta und den beiden UN-Menschenrechtspakten steht?
15. Abgeordneter
Kastning
(SPD)
- Welche Auswirkungen hat die Steuergesetzgebung der USA (Tax Reform Act 1986) für deutsche Studenten, Praktikanten und Wissenschaftler/Nachwuchswissenschaftler in den USA, wenn diese Stipendien, Fördermittel oder vergleichbare Zuwendungen erhalten, die von amerikanischen Stellen gezahlt werden?
16. Abgeordneter
Kastning
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um negative Auswirkungen durch das neue Steuerrecht für deutsche Studenten und Wissenschaftler in den USA zu verhindern oder finanziell auszugleichen, ohne daß dadurch die Zahl der geförderten Stipendiaten und Wissenschaftler sinkt?
17. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die sogenannten Feindstaatenklauseln der UN-Charta (Artikel 53 und 107) rechtsunwirksam geworden sind, und gibt es entsprechende eindeutige Hinweise und Festlegungen seitens der Vereinten Nationen bzw. ihren Mitgliedern?
18. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU)
- Warum wurde die Streichung der Feindstaatenklauseln nicht als Voraussetzung für den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur UNO geltend gemacht?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

19. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Steuermehreinnahmen aus dem Wegfall der steuerlichen Wohnungsgemeinnützigkeit?
20. Abgeordnete
Frau Ganseforth
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß Pakete und Päckchen an Verwandte in der DDR steuerlich abgesetzt werden können unabhängig von der Bedürftigkeit des betroffenen Personenkreises, während diese Regelung für Pakete an Freunde bzw. Bekannte nicht gilt?
21. Abgeordnete
Frau Ganseforth
(SPD) Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Steuerausfälle, die entstehen würden, wenn auch Geschenksendungen an Freunde und Bekannte steuerlich absetzbar wären?
22. Abgeordneter
Uldall
(CDU/CSU) Wie viele neue Aktiengesellschaften sind in den letzten zehn Jahren an der Börse eingeführt worden, a) insgesamt, b) im geregelten Markt?
23. Abgeordneter
Uldall
(CDU/CSU) Wie hat sich in den letzten zehn Jahren in der Bundesrepublik Deutschland die Zahl der Aktionäre entwickelt, und welches Kapital wird von ihnen gehalten?
24. Abgeordneter
Reuter
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, den Kleintierzuchtvereinen die Gemeinnützigkeit zuzuerkennen?
25. Abgeordneter
Reuter
(SPD) Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung bereits getroffen, um die Steuerungerechtigkeit gegenüber den Kleintierzuchtvereinen zu beseitigen?
26. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) Welche Gespräche und Verhandlungen hat die Bundesregierung im letzten Jahr bis heute mit den US-Streitkräften und der US-Regierung zur Eindämmung des Schießlärms am Truppenübungsplatz Grafenwöhr geführt, und welche Ergebnisse wurden bisher erzielt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

27. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) Wie verteilen sich prozentual 1986, 1987 und 1988 (aktuelle Zahlen) die Förderanträge und das Fördervolumen des ERP-Existenzgründungsprogramms im Freistaat Bayern und im Regierungsbezirk Niederbayern?

28. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Wie verteilen sich prozentual 1986, 1987 und 1988 (aktuelle Zahlen) die Förderanträge und das Fördervolumen des EKH-Programms im Freistaat Bayern und im Regierungsbezirk Niederbayern?
29. Abgeordneter
Marschewski
(CDU/CSU)
- Wie steht die Bundesregierung zu der publizierten Behauptung, daß die Vereinbarung über die Verwendung deutscher Kohle zur Stromerzeugung zwischen Bergbau- und Energieunternehmen (Jahrhundertvertrag) gegen das Kartellverbot des EG-Vertrages verstieße?
30. Abgeordneter
Marschewski
(CDU/CSU)
- Was gedenkt die Bundesregierung in einem solchen Falle zu tun, um entweder das „Kartell“ für rechtmäßig erklären zu lassen oder durch andere Maßnahmen zu erreichen, daß sowohl der Jahrhundertvertrag erfüllt als auch den betroffenen Regionen geholfen wird?
31. Abgeordneter
Stratmann
(DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung den Export von Trennstufen für die brasilianische Urananreicherungsanlage durch die Firma MBB nach Brasilien genehmigt, und trifft es zu, daß der Export dieser Atomkomponenten in diesen Tagen erfolgt?
32. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Was ist Stand und Ergebnis der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen wegen des Verdachts der Beteiligung von Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland an der Herstellung von Giftgas für die völkerrechtswidrigen C-Waffen-Einsätze des Irak, deren Abschluß der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Riedl in der Fragestunde vom 4. Mai 1988 für September/Oktober in Aussicht gestellt hatte?
33. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung, seitdem sie erstmals im Jahr 1984 Hinweise erhalten hat und seit der Aufnahme der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen, ergriffen, um jede Beteiligung von Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland an Herstellung und Einsatz von Giftgas zu verhindern?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

34. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU)
- Warum werden in der Bundesrepublik Deutschland noch Herbizide zugelassen, die in den USA als krebserregend verboten sind?
35. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU)
- Warum werden aus der Bundesrepublik Deutschland chemische Bekämpfungsmittel exportiert, die bei uns selbst nicht mehr zugelassen sind?

36. Abgeordneter
Pfuhl
(SPD)
- Treffen Pressemitteilungen des niedersächsischen Landvolkverbandes zu, daß sich der Automobilkonzern Daimler-Benz im großen Stil am Aufbau von Schweineproduktionsstätten in Spanien beteiligen will, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu unternehmen?
37. Abgeordneter
Pfuhl
(SPD)
- Aus welchen Milchlieferungen produzieren die Vereinigten Molkereizentralen deutsche Markenbutter, die in der Bundesrepublik Deutschland zu Billigpreisen verkauft wird, und stimmt es, daß die Milch mit riesigem Frachtaufwand nach Berlin gebracht wird, um dort zu Butter verarbeitet zu werden?
38. Abgeordneter
Funk
(Gutenzell)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Absatzmöglichkeiten für deutsche Agrarprodukte nach Verwirklichung des Binnenmarktes?
39. Abgeordneter
Funk
(Gutenzell)
(CDU/CSU)
- Was kann die Bundesregierung tun, damit deutsche Agrarprodukte nach 1992 im EG-Wettbewerb bestehen können?
40. Abgeordnete
Frau Adler
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die über 3 000 verendeten Robben ein Beseitigungsproblem darstellen, und wenn ja, werden diese Kadaver vor der Anlieferung in eine Tierkörperbeseitigungsanstalt nochmals untersucht und erst dann für eine Weiterverwertung freigegeben?
41. Abgeordnete
Frau Adler
(SPD)
- Ist die Verarbeitung der Robbenkadaver zu Fleischmehl unter der weiteren Verwendung als Zusatz für Kraftfuttermischungen zu verantworten, wenn bis zum augenblicklichen Datum die eindeutige Krankheitsursache nicht wissenschaftlich belegt werden kann?
42. Abgeordnete
Frau Blunck
(SPD)
- Wie kann es der Bundeskanzler verantworten, daß für den Schutz der Umwelt, insbesondere des Grundwassers und der Gesundheit der Menschen vor chemischen Pflanzenschutzmitteln, derjenige Minister die Verantwortung trägt, der die Förderung der Anwender dieser Pflanzenschutzmittel zu seinen Aufgaben zählt, und nicht der für Umwelt- und Gewässerschutz und Fragen von Umwelt und Gesundheit verantwortliche Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit
und Sozialordnung**

43. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß Heilmittel aus dem Bereich der Erfahrungsheilkunde von den Pflichtkrankenkassen bezahlt werden, nachdem nachweisbare Erfolge zweifelsohne gegeben sind und im Gegensatz zu den herkömmlichen Arzneien schädliche Nebenwirkungen nicht auftreten?
44. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Ist nach Meinung der Bundesregierung das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, daß die Behandlung durch Heilpraktiker von den Krankenkassen nicht bezahlt zu werden braucht, vereinbar mit der Tatsache, daß private Krankenkassen und die Beihilfestellen für Beamte die Kosten übernehmen, und muß hier nicht eine Ungleichbehandlung für einen Großteil der Bevölkerung gesehen werden?
45. Abgeordneter
Grünbeck
(FDP)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesanstalt für Arbeit unternommen, um den Presseberichten (SZ Nr. 175) über illegale Arbeitsverhältnisse beim Neubau des Flughafens München II nachzugehen und um eventuelle Mißbräuche zu beseitigen?
46. Abgeordneter
Grünbeck
(FDP)
- Wie will die Bundesregierung sicherstellen, daß die in dem Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Sozialversicherungsausweises vorgesehenen Möglichkeiten für eine bessere Kontrolle illegaler Beschäftigung auch tatsächlich zu mehr und effizienteren Kontrollen genutzt werden, und welche Aufwendungen sind mit einer entsprechenden Aufstockung der personellen und finanziellen Ausstattung der mit diesen Kontrollen befaßten Institutionen verbunden?
47. Abgeordneter
Reimann
(SPD)
- Welche Schritte zur Verbesserung der Arbeitschutzbedingungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland hat die Bundesregierung in jüngster Zeit unternommen angesichts der Tatsache, daß die Zahl der bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften angezeigten Berufskrankheiten mit 42 625 Fällen 1987 auf den höchsten Stand seit 1950 gestiegen ist?
48. Abgeordneter
Reimann
(SPD)
- Wie erklärt sich die Bundesregierung den Widerspruch zwischen der steigenden Zahl der Berufskrankheiten und der sinkenden Zahl der wegen einer Berufskrankheit bewilligten Renten (1986 mit 3 317 Fällen und 1987 mit 3 321 Fällen auf dem niedrigsten Stand seit 1950)?

49. Abgeordneter
Rind
(FDP)

Hat die Bundesregierung geprüft, ob die im Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Sozialversicherungsausweises und zur Änderung anderer Sozialgesetze vorgesehene Meldung für geringfügig Beschäftigte bei kleineren Betrieben mit einem häufigen Wechsel kurzfristiger Aushilfskräfte vom Verwaltungsaufwand und den Kontrollmöglichkeiten her zumutbar und möglich ist und welche personellen und finanziellen Aufwendungen für die Bearbeitung und Kontrolle bei den hiermit befaßten Institutionen zusätzlich anfallen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

50. Abgeordneter
Steiner
(SPD)

Was bedeutet konkret die Entscheidung des Bundesministers der Verteidigung, wonach die Erweiterung der Übungskapazität der Luftwaffe in Goose Bay mit Nachdruck vorangetrieben werden soll?

51. Abgeordneter
Steiner
(SPD)

Welche Maßnahmen sind vorgesehen, damit sich die soziale Lage der Piloten und Techniker, die bereits heute wegen der Tiefflugausbildung im Ausland drei Monate von ihren Familien getrennt sind, nicht noch weiter verschärft?

52. Abgeordnete
**Frau
Bulmahn**
(SPD)

Trifft es zu, daß Mitte des Jahres beim Wehrbereichsgebührenamt II in Hannover 28 Dienstposten nicht besetzt waren und es deshalb bei den Bediensteten des Amtes auf Grund der sich hieraus ergebenden Mehrbelastungen zu erheblichen gesundheitlichen Beschwerden und entsprechenden Krankschreibungen kommt?

53. Abgeordnete
**Frau
Bulmahn**
(SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die Personalsituation beim Wehrbereichsgebührenamt II in Hannover nachhaltig zu verbessern?

54. Abgeordneter
Kolbow
(SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, dem Vorschlag zu folgen (vgl. MAIN-POST vom 6. September 1988), die Bevölkerung von Güntersleben (Landkreis Würzburg) lückenlos über das dort geplante Munitionsdepot aufzuklären und einen Tag der offenen Tür zu veranstalten?

55. Abgeordneter
Kolbow
(SPD)

Ist die Bundesregierung ferner bereit, dies für alle ähnlichen Depots in der Bundesrepublik Deutschland zu tun?

56. Abgeordneter
Dr. Niese
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei der neu eingeführten Regelung des Arztes im Praktikum für Zivildienstleistende die Möglichkeit besteht, ihren Zivildienst im Krankenhaus auf die Zeit des Praktikums anrechnen zu lassen, während Wehrpflichtige von einer solchen Regelung ausgeschlossen sind?
57. Abgeordneter
Dr. Niese
(SPD) Sieht die Bundesregierung in dieser Tatsache eine Benachteiligung von Wehrpflichtigen, und welche Möglichkeiten bestehen in Zukunft, eine mögliche Ungleichbehandlung von Zivildienst- und Wehrdienstleistenden auszuschließen?
58. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD) Welche Regelungen/Bestimmungen existieren hinsichtlich des Überfluges von Militärflugzeugen über Talsperren und besonders der Obernautalsperre in Netphen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

59. Abgeordneter
Dr. Weng
(Gerlingen)
(FDP) Verfolgt die Bundesregierung die zugesagte Privatisierung der Bundesbahn-Tochter, Spedition Schenker, weiter, und welches ist der augenblickliche Stand des Verfahrens?
60. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Absicht der Deutschen Bundesbahn, im grenzüberschreitenden Eisenbahnverkehr zwischen Deutschland und Österreich den Grenzrangierbahnhof Passau zugunsten des neuen Rangierbahnhofs Regensburg-Ost „auszutrocknen“?
61. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU) Ist sich die Bundesregierung bewußt, daß sie durch diese Absicht zahlreiche Arbeitsplätze bei Speditionen und bei der Deutschen Bundesbahn selbst gefährdet, zumal in einer Arbeitsmarktre-gion mit hoher Dauerarbeitslosigkeit?
62. Abgeordneter
Antretter
(SPD) Welches sind die Auswirkungen der versuchsweisen Einführung eines Tempolimits in der Schweiz auf die Zahlen der Verkehrsunfälle und ihre Folgen sowie auf die Schadstoffemissionen, und welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung daraus zu ziehen?
63. Abgeordneter
Antretter
(SPD) Liegen der Bundesregierung die Ergebnisse über die Zahl der Verkehrsunfallopfer auf den italienischen Autobahnen während der Zeit vor, da ein auf die Autobahnen begrenztes Tempolimit angeordnet war, und welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung daraus zu ziehen?

Bonn, den 16. September 1988

